

Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik, 15. Mai 2009

Wirtschaftskrise und Sozialpolitik: Vorausschauen statt abwarten – Investieren statt sparen

In eine präventive Sozialpolitik investieren!

Von Jürg Krummenacher, Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)

Wir leben in brüchigen Zeiten. Vor zwanzig Jahren ist der Kalte Krieg zu Ende gegangen. Und damit die Dreiteilung der Welt in West, Ost und „Dritte Welt“. Es folgte die Zeit der ökonomischen Öffnung und der Globalisierung. Der Kapitalismus triumphierte. Es gab Ökonomen, die das „Ende der Geschichte“ herbeiredeten. Die USA wurden zur einzigen Supermacht. Und der **Neoliberalismus** zur neuen Welt doktrin. Die Neunzigerjahre waren geprägt von einem Marktradikalismus, wie er in der frühen Phase der Industrialisierung im 19. Jahrhundert geherrscht hatte. Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung wurden die neuen Glaubenssätze. Die Heilspropheten des freien Marktes verkündeten, dass die Globalisierung auf Dauer allen Menschen Wohlstand bringen werde. Der damalige Präsident der USA versprach eine „Neue Weltordnung“. Doch die Erfahrungen der beiden letzten Jahrzehnte zeigen ein anderes Bild. Die Globalisierung erweist sich als janusköpfig. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist weltweit gewachsen.

Die grösste Krise der Nachkriegszeit

Und spätestens seit ein paar Monaten ist wohl allen bewusst, dass sich die Welt in der grössten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befindet. Ihren Anfang nahm diese Krise im Juni 2007. Damals läuteten an der Wall Street erstmals die Alarmglocken, als zwei Hedgefonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns strauchelten. Im Frühsommer 2008 nahm die Krise dramatische Ausmasse an. Aus der US-Immobilienkrise wurde eine weltweite Finanzkrise. Die Aktienkurse fielen in den Keller. Grosse Banken brachen zusammen. Im Verlauf der letzten Monate zerschlug sich die Hoffnung, dass sich die Turbulenzen auf die Finanzmärkte beschränken liessen. In den letzten Monaten wurden die führenden Industrieländer immer stärker in den Strudel der Krise gerissen. Die **Prognosen sind rabenschwarz**. Die ILO, die Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, schätzt, dass die Krise weltweit bis zu **50 Millionen Menschen ihren Job kosten** wird. Die Welthandelsorganisation WTO rechnet mit einem Einbruch des Welthandels von 9 Prozent, dem grössten Einbruch in der Nachkriegszeit. Und die OECD sagt voraus, dass das Bruttoinlandprodukt in den grossen Mitgliedsländern um 4 bis 7 Prozent sinken und die Arbeitslosenquote auf 10 Prozent steigen wird. Die Auswirkungen der Krise sind auch in der Schweiz, die jeden zweiten Franken im Ausland verdient, deutlich spürbar. Die Experten des Bundes rechnen für nächstes Jahr mit 200'000 Erwerbslosen, was einer **Arbeitslosenquote von 5.2 Prozent** entspricht. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH sieht die Schweizer Wirtschaft „im freien Fall“.

Was bedeutet die Wirtschaftskrise für die Sozialpolitik? - In der Schule haben wir gelernt, dass die Schweiz als rohstoffarmes Land einen einzigen Rohstoff hat: die Bildung. Dieser Rohstoff wird in Zukunft noch viel wichtiger sein als in der Vergangenheit. Mehr als jemals zuvor brauchen die Menschen in unserem Land eine gute Ausbildung, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Die Schweizer

Wirtschaft kann sich im internationalen Standortwettbewerb nur behaupten, wenn sie sich auf das Wissen und den Einfallsreichtum ihrer Mitarbeitenden abstützen kann. Doch schon heute fehlen in vielen Bereichen Ingenieure und Fachleute. Dieser Mangel wird sich in den nächsten Jahren, auch aufgrund der demografischen Entwicklung, noch verschärfen. Gleichzeitig finden Zehntausende keine Anstellung, weil sie zu wenig qualifiziert sind. Vielen von ihnen, auch vielen jungen Menschen, droht ein Leben in der Sozialhilfe oder in der Invalidenversicherung.

Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist Bildungspolitik

Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist darum zunächst einmal Bildungspolitik. Die Ergebnisse der PISA-Studien haben gezeigt, dass in diesem Bereich grosser Handlungsbedarf besteht. **Bildungschancen sind in der Schweiz sehr ungleich verteilt.** Die Schweiz gehört zusammen mit Deutschland und Belgien zu den drei untersuchten Ländern mit den sozial ungerechtesten Schulsystemen. Über den Schulerfolg entscheiden nicht in erster Linie Intelligenz, Begabung und Leistung eines Kindes, sondern seine soziale Herkunft. Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, welche die Schule mit einer ungenügenden Grundbildung verlassen, liegt über dem OECD-Durchschnitt. Dementsprechend hoch ist auch der Anteil an Jugendlichen, die sich beim Übergang vom Schul- ins Arbeitsleben mit Problemen konfrontiert sehen. Ihr Anteil liegt in der Schweiz zwischen 15 und 20 Prozent. In den führenden OECD-Staaten sind es deutlich unter 10 Prozent.

Besonders benachteiligt sind **Kinder mit einem Migrationshintergrund.** Ihr Anteil ist in der Schweiz höher als in den meisten OECD-Staaten. Bei Schuleintritt verfügen viele dieser Kinder meist nur über rudimentäre Kenntnisse der Unterrichtssprache. Deshalb sind sie oft nicht in der Lage, dem Unterricht in genügendem Mass zu folgen. Das gefährdet ihre berufliche und soziale Integration und damit das friedliche Zusammenleben in Städten und Agglomerationen.

Die grösste Wirkung erzielen Bildungsinvestitionen in den Jahren vor der Schule. Auch in diesem Bereich steht die Schweiz im internationalen Vergleich nicht gut da. Die Schweiz gehört bezüglich der Betreuung der Kinder bis zum Alter von vier Jahren **zu den schwächsten OECD-Ländern.** Lediglich 0.2 Prozent des Bruttoinlandproduktes werden für Kinderbetreuungseinrichtungen ausgegeben. In Österreich sind es dreimal soviel, in Dänemark sogar zehnmal. Generell investieren beispielsweise die skandinavischen Staaten oder Frankreich viel mehr in die Familie. Das zahlt sich aus. Die Geburtenrate ist dort höher, der Bildungsstand besser.

Familien- und schulergänzende Betreuungsangebote ausbauen

Die Schweiz hat zwar in den letzten Jahren die Zahl der Kindertagesstätten stark ausgebaut. Doch die Nachfrage von Eltern nach familien- und schulergänzender Kinderbetreuung übersteigt die Anzahl der verfügbaren Plätze bei weitem. Aufgrund von Schätzungen auf der Basis von SAKE-Daten **fehlen in der Schweiz Betreuungsangebote für 120'000 Kinder.** Allerdings bestehen erhebliche regionale Unterschiede. In der Westschweiz ist das Angebot deutlich besser als in der Deutschschweiz. Rund drei Viertel aller Eltern mit Kindern unter zwölf Jahren sind in der Betreuung ihrer Kinder auf die Unterstützung durch Grosseltern, Verwandte oder Nachbarinnen angewiesen. Der Mangel an Plätzen führt dazu, dass viele Kinder und Jugendliche zu Hause nicht oder ungenügend beaufsichtigt sind. Weil es schwierig ist, das Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren, verzichten immer mehr Frauen auf Kinder. Das trifft vor allem auf Akademikerinnen zu. 40 Prozent aller Akademikerinnen in der Schweiz haben keine Kinder.

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) fordert darum, dass die Zahl der familien- und schulergänzenden Betreuungsangebote in den nächsten Jahren massiv ausgebaut wird. Gleichzeitig fordert die EKFF auch einen **doppelten Perspektivenwechsel.** Die Frage der fami-

lien- und schulergänzenden Kinderbetreuung wurde bisher vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert. Erst in den letzten Jahren rückte der Aspekt der Förderung und Bildung der Kinder im Vorschulalter vermehrt ins Blickfeld. In der Schweiz ist diese Diskussion jedoch – im Unterschied zu anderen Ländern – noch wenig weit gediehen. Ein zeitgemässes Verständnis von früher Bildung und Förderung fehlt weitgehend.

Zahlreiche internationale Studien zeigen auf, dass eine hohe Qualität familienergänzender Betreuung einen positiven Einfluss auf die soziale und kognitive Entwicklung von Kindern hat und damit zu einem grösseren Bildungserfolg führt. Die EKFF ist deshalb der Auffassung, dass in der Diskussion über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung das Kindeswohl und die Entwicklungsförderung im Zentrum stehen sollten. **Kindertagesstätten sollen zu Bildungsinstitutionen** weiter entwickelt werden. Das hat auch Auswirkungen auf die Ausbildung der Betreuerinnen und Betreuer. Schliesslich wird die EKFF an ihrem nächsten Forum Familienfragen im Juni auch die Diskussion über einen Elternurlaub lancieren.

Die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Wie schon erwähnt ist der Anteil der Jugendlichen, die sich beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben mit Problemen konfrontiert sehen, besonders hoch. Seit Jahren liegt die Jugendarbeitslosenquote über der Quote anderer Alterskohorten. **Besorgniserregend** ist insbesondere die **Situation von jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 24 Jahren**. Ihre Quote lag im Februar bei 4.9 Prozent und damit deutlich über der Arbeitslosenquote insgesamt von 3.3 Prozent. Innert Jahresfrist nahm die Zahl jugendlicher Arbeitsloser um fast ein Drittel zu. Es ist zu befürchten, dass die Wirtschaftskrise im Verlaufe dieses Jahres zu einem erheblichen weiteren Anstieg führen wird.

Wie die Ergebnisse der ersten gesamtschweizerischen Sozialhilfestatistik gezeigt haben, sind junge Erwachsene auch in zunehmendem Mass auf Sozialhilfe angewiesen. Gemäss diesen Ergebnissen sind rund 13 Prozent der Sozialhilfebezügerinnen und –bezüger zwischen 18 und 25 Jahren alt. Fast die Hälfte aller Sozialhilfebezüger/innen, nämlich 45 Prozent, sind weniger als 25 Jahre alt. **70 Prozent** der 18 – bis 25 jährigen Sozialhilfebezüger/innen verfügen über **keine Berufsausbildung**. Zwar haben die zuständigen Stellen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene die Probleme erkannt und darauf mit verschiedenen Massnahmen reagiert. So hat die Arbeitslosenversicherung eine Reihe von spezifischen Arbeitsmarkt-Massnahmen in die Wege geleitet. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat Grundlagen für das Case-Management Berufsbildung für gefährdete Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren und das Case-Management Berufsbildung plus für junge Erwachsene erarbeitet. Zahlreiche Kantone, Gemeinden und Städte haben eigene, innovative Projekte lanciert. Es braucht aber auf allen Ebenen erhebliche weitere Anstrengungen, um die berufliche und soziale Integration von arbeitslosen jungen Erwachsenen und Jugendlichen zu fördern. Besonders wichtig sind insbesondere **Angebote im Bereich der Nachholbildung**.

Lebenslanges Lernen fördern

Dazu ist auch ein Paradigmenwechsel in Arbeitslosenversicherung und Berufsbildung notwendig. Zur Zeit sind deren Anstrengungen vor allem auf den Schutz **bei** Arbeitslosigkeit und die möglichst schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Zu ihren Aufgaben sollte jedoch in viel stärkerem Ausmass auch der Schutz **vor** Arbeitslosigkeit gehören. Dies nicht nur im Hinblick auf junge Erwachsene, sondern bezogen auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Stichwort dafür heisst: „**Employability**“ bzw. Arbeitsmarktfähigkeit.

Die Globalisierung hat in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten, wie in allen anderen Industrieländern auch, zu einem **tiefgreifenden Strukturwandel in der Wirtschaft** geführt. Er ist durch eine deutliche Abnahme der Beschäftigung im industriellen Sektor und einen Zuwachs im Dienstleistungsbereich gekennzeichnet. Allein zwischen 1995 und 2005 wurden 110'000 Arbeitsplätze im zweiten Sektor abgebaut und 260'000 neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor geschaffen. Heute sind bereits 73 Prozent der Beschäftigten im Tertiärsektor tätig. Im Industriesektor sind es noch 23 Prozent. Zum Vergleich: In den Sechzigerjahren waren es 53 Prozent. Die Desindustrialisierung hat Hunderttausende von Beschäftigten zu einem Branchen- und Berufswechsel gezwungen. Unzählige Arbeitsplätze mit einem niedrigen Anforderungsprofil sind verschwunden. Und damit auch die Berufschancen für wenig qualifizierte Personen.

Der Strukturwandel geht weiter. Die Auslagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland wird eher noch zunehmen. Das heisst auch, **schlecht ausgebildete Frauen und Männer** haben auf dem Arbeitsmarkt **schlechte Karten**. Mit der Wirtschaftskrise wird sich ihre Situation noch dramatisch verschlechtern. Dabei zeigt die offizielle Statistik des Bundes heute schon nicht das ganze Ausmass der Arbeitslosigkeit. Effektiv sind nämlich weitaus mehr Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, als die Statistik vorgibt. Der Arbeitsmarkt ist längst nicht mehr in der Lage, alle Menschen zu integrieren, die gerne arbeiten würden. Stellensuchende ohne Berechtigung auf Arbeitslosenbeiträge, Langzeitarbeitslose, Bezügerinnen und Bezüger einer Invalidenrente, Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger oder unfreiwillig Frühpensionierte gehören zur wachsenden Gruppe von Menschen, für die der Arbeitsmarkt keine bezahlte Beschäftigung mehr bieten kann.

Die wirksamste Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Bewältigung des Strukturwandels ist die **berufliche Weiterbildung** im Sinne des „lebenslangen Lernens“. Die Schweiz gehört zu den Ländern, in denen die Weiterbildung gepflegt wird. Allerdings sind es vor allem jüngere Arbeitnehmende, die sich weiterbilden. Auch wird die Weiterbildung vom Bund zu wenig koordiniert und gefördert. So wird zwar seit Jahren über ein Weiterbildungsgesetz geredet. Doch bisher hat es am politischen Willen gefehlt, ein solches Gesetz auch zu beschliessen und umzusetzen.

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft.

Ungenügende Bildung ist das **Armutsrisiko Nummer eins**. Das zeigt die Working Poor Statistik. Erwerbstätige ohne nachschulische Ausbildung sind fast dreimal häufiger von Armut betroffen als Erwerbstätige mit einer abgeschlossenen Berufsbildung. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Sozialhilfestatistik. Der Anteil von ungelernten Personen an der Sozialhilfe ist rund doppelt so hoch wie ihr Anteil in der Bevölkerung. Wie erwähnt ist der Anteil bei jugendlichen Sozialhilfebezüger/innen noch deutlich höher. Mehr als 60 Prozent der jungen Frauen und Männer mit Sozialhilfebezug weisen keine abgeschlossene Berufsbildung auf.

Die Wirtschaftskrise hat in den Neunzigerjahren zu einem enormen Anstieg bei der Sozialhilfe geführt. Trotz guter Konjunktur in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts hat die Sozialhilfequote kaum wesentlich abgenommen. **3.3 Prozent der Bevölkerung** waren im Jahr 2007 **auf die Sozialhilfe angewiesen**. Das ist ein Alarmzeichen. Zumal viele Frauen und Männer Hemmungen haben, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Sehr bedenklich stimmt auch, dass Armut oft vererbt wird. Es ist absehbar, dass die Wirtschaftskrise nicht nur zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen führen wird. Zunehmen wird auch die Zahl der Menschen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden. Und es ist zu befürchten, dass auch die Armuts- und Sozialhilfequoten neue Rekordwerte erreichen werden.

In der Schweiz fehlt eine Armutsstrategie

Die Schweiz hat es lange versäumt, eine Armutsstrategie zu entwickeln. Erst vor kurzem wurden die Arbeiten dazu an die Hand genommen. Noch ist offen, zu welchen Resultaten diese Arbeiten führen werden. Für mich aber ist klar, dass Investitionen in die Bildung zur Bekämpfung von Bildungsdefiziten ein zentrales Element einer wirkungsvollen Armutsstrategie und damit einer präventiven und aktivierenden Sozialpolitik sein müssen. Bildungsausgaben sind nicht einfach Kosten. Sie sind **Investitionen in die Zukunft**, konkret in das Humanvermögen der Gesellschaft. Sie tragen zu mehr Lebenschancen für die betroffenen Menschen und zu einer besseren gesellschaftlichen Integration bei und reduzieren somit auch die Kosten, die der Gesellschaft aus sozialen Problemen einer ungenügenden Integration erwachsen.

Wirft man aber einen Blick auf die Entwicklung der **Bildungsausgaben** in den letzten 15 Jahren, so stellt man fest, dass diese **stagnieren**. Zwischen 1995 und 2005 sind sie nur gerade um 0.5 Prozent des Bruttoinlandprodukts gewachsen. Im Vergleich dazu stiegen die Sozialausgaben um fast 10 Prozent an, nämlich von rund 20 auf rund 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Allerdings ist dieser Anstieg vor allem auf die Zunahme der Rentenleistungen für das Alter wegen der demografischen Entwicklung zurück zu führen. Ins Gewicht fallen aber auch die stark erhöhten Kosten für die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung und für die Sozialhilfe.

Dringlichste sozialpolitische Forderungen

Es liegt jedoch auf der Hand, dass die Bildungspolitik nicht die einzige Antwort auf die sozialen Probleme unserer Zeit sein kann. Vor allem wirken viele bildungspolitische Massnahmen in der Regel erst mittel- oder längerfristig. Was es zusätzlich braucht, sind auch konkrete Massnahmen im Bereich der Sozialpolitik im engeren Sinne. Zwei Massnahmen stehen für mich dabei im Vordergrund: Die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien und ein Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung.

Die **Ergänzungsleistungen** haben sich als Instrument der Armutsbekämpfung sehr bewährt, wie die Armutsentwicklung im Alter und bei Invalidität zeigt. Die Erfahrungen im Kanton Tessin zeigen auch, dass Ergänzungsleistungen die Armut bei einkommensschwachen Familien spürbar lindern könnten. Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen hat darum bereits im Jahr 2000 ein Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien vorgeschlagen, eine Forderung, die ja auch von der Städteinitiative Sozialpolitik, von der SODK und von der SKOS unterstützt wird. Leider hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats vor kurzem beschlossen, die Arbeiten an einem solchen Gesetz zu sistieren. Das ist für mich völlig unverständlich. Es wird wichtig sein, sich weiterhin gemeinsam und tatkräftig für ein solches Gesetz zu engagieren.

Ebenfalls vordringlich ist ein **Bundesrahmengesetz zur Existenzsicherung**, eine Forderung, welche die SKOS schon bei ihrer Gründung vor mehr als 100 Jahren gestellt hat. Ein solches Gesetz soll die Koordination der Existenzsicherungsinstrumente, eine Harmonisierung der Leistungen und eine bessere Abstimmung der verschiedenen Instrumente zur beruflichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt sicherstellen. Allerdings ist der Weg dazu auch noch sehr weit, muss doch zuerst eine verfassungsmässige Grundlage geschaffen werden, damit der Bund in diesem Bereich überhaupt entsprechende Kompetenzen übernehmen kann.

Rückbesinnung auf die Ziele der Sozialpolitik

Neben diesen konkreten Massnahmen braucht es in unserem Land vor allem auch wieder eine andere Einstellung zur Sozialpolitik und eine Rückbesinnung auf deren grundlegende Ziele. Spätestens seit

Mitte der Neunzigerjahre ist die sozialpolitische Debatte nämlich von einer **Kritik am Sozialstaat** und von der Forderung nach einer Begrenzung der Sozialausgaben geprägt. Am Anfang dieser Kritik stand das „Weissbuch“, das im Jahr 1995 von führenden Kreisen der Wirtschaft veröffentlicht wurde und die sozialstaatlichen Leistungen auf ein Minimum zurückfahren wollte. Es folgten die Forderung des Arbeitgeberverbandes nach einem Moratorium und die Zeit der fortlaufenden Revision aller Sozialversicherungen. Deren Ziel war die Einschränkung der sozialstaatlichen Leistungen. Gefordert wurde mehr Eigenverantwortung.

Das Ergebnis dieser Reformen sind ein schleichender Sozialabbau und eine Mehrbelastung der Sozialhilfe. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte die sozialpolitische Auseinandersetzung mit der **Missbrauchsdebatte**. Mit Begriffen wie Scheinasylanten, Scheininvaliden oder Sozialhilfescharotzer wurden Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, generell einem Missbrauchsverdacht ausgesetzt und stigmatisiert.

So darf es nicht weiter gehen. Der Sozialstaat ist eine der grössten Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Er schützt die Menschen nicht nur vor den Wechselfällen des Lebens und vor den grossen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit. Er trägt auch wesentlich zum sozialen Frieden und damit zu politischer Stabilität und zu wirtschaftlichem Wohlstand bei. Ein drittes Ziel ist schliesslich die soziale Gerechtigkeit, die auf einer gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen basiert. Und gerechter ist die Schweiz in den letzten Jahren ganz bestimmt nicht geworden. Im Gegenteil. Die **Kluft zwischen Arm und Reich** ist gewachsen und bezogen auf die Vermögensverteilung gehört die Schweiz zu den Ländern mit der ungleichsten Verteilung.

Es muss zudem betont werden, dass der Sozialstaat nur die dritte Quelle der sozialen Sicherheit darstellt und die Leistungen der beiden anderen Quellen, Arbeit und Familie, erheblich grösser sind. Grösser auch als in anderen Industrieländern. Eine Rückbesinnung auf die drei Ziele der Sozialpolitik, **soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden**, würde auch deutlich machen, dass sich eine Reformdiskussion nicht auf die Frage von etwas mehr oder etwas weniger Sozialstaat beschränken darf. Im Zentrum der Diskussion stehen immer auch grundlegende gesellschaftliche Werte.

Mit der Schwarzmalerei aufhören

Die Auseinandersetzung um den Sozialstaat war, insbesondere in den Neunzigerjahren, von Schwarzmalerei geprägt. Dazu besteht allerdings überhaupt kein Anlass. Die Schweiz gehört zu den **reichsten und wettbewerbsfähigsten Ländern** und nimmt bei fast allen ökonomischen Vergleichsgrössen Spitzenpositionen ein. Ein paar Zahlen dazu: Gemessen am Bruttoinlandprodukt pro Kopf belegte unser Land im Jahr 2006 im Club der reichsten Länder den fünften Platz. In der Rangliste der internationalen Konkurrenzfähigkeit landete die Schweiz im Jahr 2007 hinter den USA auf Platz 2. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zeigt sich auch bei der Schlüsselgrösse, der Produktivität. Auch bei den Exporten belegt die Schweiz eine Spitzenposition.

Sehr gut steht die Schweiz auch bezüglich der Steuerbelastung da. Nur Japan und die USA weisen tiefere Fiskalquoten auf. Deutlich tiefer als in den meisten anderen Industrieländern sind auch die Ausgaben für die Sozialleistungen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind in Deutschland, Holland, Frankreich, Österreich und in den skandinavischen Ländern höher als bei uns. Und auch bei der Verschuldungsquote steht die Schweiz vergleichsweise gut da.

Es ist deshalb an der Zeit, mit der Schwarzmalerei aufzuhören. Vor allem ist es auch falsch, die internationale Wettbewerbsfähigkeit allein auf die Fiskalquote zu reduzieren. Wie das Beispiel der skandinavischen Staaten zeigt, können auch Länder mit hohen Fiskalquoten und damit hohen Ausgaben für die Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik durchaus sehr wettbewerbsfähig sein.

Die Wirtschaftskrise wird alle Länder, auch die Schweiz, **vor grosse Herausforderungen** stellen. Der Anstieg der Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlen wird mit grösster Wahrscheinlichkeit erneut zu einer heftigen Diskussion um den Sozialstaat führen. In dieser Diskussion sollten wir darauf hinweisen, dass es gerade eines der Ziele des Sozialstaates ist, seine Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Krise zu schützen und ihre Existenz zu sichern. Und dass die Leistungen der Sozialversicherungen **kein Almosen** sind, sondern ein Recht. Orientieren können wir uns dabei an der Präambel unserer Bundesverfassung : „Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“.

Nachhaltige Entwicklung

Nicht vergessen sollten wir allerdings, dass die Menschheit noch vor einer viel grösseren Herausforderung steht: der **Bewahrung der Welt vor der Klimakatastrophe**. Wir dürfen es auf keinen Fall zulassen, dass der Klimaschutz wegen der Wirtschaftskrise auf Eis gelegt wird. Alle aktuellen Erkenntnisse weisen nämlich darauf hin, dass die Situation noch schwieriger ist als befürchtet. Wie der renommierte Potsdamer Forscher und Mitglied des Weltklimarates, Hans Joachim Schellnhuber, vor kurzem in einem Interview mit der „Zeit“ festgestellt hat, werden viele Worst-Case-Szenarien von der Wirklichkeit übertroffen. Er ist überzeugt davon, dass die Wirtschaft auf konventionelle Art nicht zu retten ist, und fordert darum, dass die Weltwirtschaft völlig neu programmiert werden muss. Es braucht nicht mehr und nicht weniger als eine „**grüne Revolution**“. Richtschnur des Handels sollte dabei das Prinzip der nachhaltigen oder dauerhaften Entwicklung sein, wie sie der Brundtland-Bericht bereits im Jahr 1987 formuliert hat: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

Die Bewältigung dieser Herausforderung ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des politischen Willens. Denn noch nie in ihrer Geschichte hat die Menschheit über so viele technische und finanzielle Ressourcen verfügt wie in unserer Zeit. Es liegt an uns, ob wir unsere Verantwortung wahrnehmen und dieses Wissen auch einsetzen. Oder wie es der neue amerikanische Präsident Barack Obama gesagt hat: „Yes, we can“.

Schwyz, anfangs April 2009